

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeulles-, Lebergalanterie- und Reiffeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrlingen usw.

Publikationsorgan der Berufsrankenkassen

Inserate kosten die 4 gespaltene Petitzeile 1,50 Mark. Verbandsfachen 50% Rabatt	Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b III Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120	Erscheint wöchentlich. Preis 3 Mark pro Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten
--	--	---

Achtung!

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Warum das notwendig ist, kann jeder wissen!

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Nur wer seinen fälligen Wochenbeitrag pünktlich entrichtet, sichert sich im Bedarfsfalle die Unterstützung aus der Verbandskasse.

Ereue Pflichterfüllung sichert die Rechte!

Für die Nummer 38 bestimmte Artikel und Berichte müssen bis zum 18. September in Händen der Redaktion sein.

Aus unseren Berufskreisen.

Vom 25. Verbandstag des deutschen Tapeziererbundes.

Anfang August hat der Bund in Dresden getagt. Wir registrieren kurz die wichtigsten Tatsachen, die sich daraus ergeben haben, soweit Berichte vorliegen. Die Finanzlage des Bundes ist eine geradezu trostlose. Die Bundeskasse konnte nur durch Zuschüsse der Wertgemeinschaft und der Zentral-Einkaufsgesellschaft ihre Verpflichtung erfüllen, die 1919 je 1000 Mk. spendeten. Die B.-E.-G. hat selbst für den Verbandstag Kosten in Höhe von 3733,34 Mk. gedeckt. Die „Allgemeine Tapezierer-Zeitung“ konnte sich auch nur durch erhebliche Zuschüsse der verschiedenen Organisationen halten. Von einer Zusammenlegung der „M. L.-Z.“ mit dem Organ des Sattlerbundes wollte man indes nichts wissen. Der Abonnementspreis für das Blatt soll künftig 24 Mk. jährlich betragen.

Ueber die Art und Weise, wie die Handwerker ihre Forderungen zur beabsichtigten Veränderung der Gewerbeordnung betreffs des Lehrlingswesens zur Geltung bringen wollen, verbreitete sich ein Herr Budjuhn vom Reichsverband des Handwerks. Die Zahl der Vertreter des Handwerks sei bereits von 5 auf 36 vom R.-V.-M. hat erhöht worden. Diese 36 Vertreter seien sich zusammen aus 16 Arbeitgebern, 16 Arbeitnehmern und 4 Genossenschaftlern. Zur Regelung des Lehrlingswesens waren eine Anzahl Anträge gestellt, die aber alle zurückgezogen wurden, nachdem Herr Budjuhn dies gewünscht hatte, um dem Reichsverband freie Hand bei den Verhandlungen zu lassen.

Im allgemeinen trat man für Weibehaltung der vierjährigen Lehrzeit ein und wandte sich scharf gegen jede Verkürzung. Es kam aber doch auch zum Ausdruck, daß es vorkommt, daß die Lehrlinge selbst nach vierjähriger Lehre fast nichts aus dem Berufe gelernt haben, weil viele

Meister dem Lehrling nichts lernen, sondern zu anderen Arbeiten verwenden.

In der Verschmelzungsfrage wurde der Vorschlag der eingeleiteten Kommission angenommen, daß zwischen den beiden Innungsverbänden eine engste Arbeitsgemeinschaft gebildet wird. Trotzdem die Süddeutschen erklärt hatten, sie wollten, im Falle die Verschmelzung mit den Sattlern abgelehnt würde, die Konsequenzen ziehen. Eichhorn-Leipzig führte an, daß der heutige Name des Gehilfenverbandes die Behörden bereits dazu geführt habe, von einem Verband der Sattler und Portefeulles zu schreiben, ohne die Tapezierer zu erwähnen. (Es wird wohl aus Unkenntnis geschehen sein.) Die Verschmelzung kam sonderbarerweise hauptsächlich wegen des Streits um den Namen nicht zustande, weil die Tapezierer zuerst genannt sein wollten, da sonst nur der „Sattler“ verstanden würde. Die Sattler wiederum bestanden auf dem Namen Sattler- und Tapeziererbund. Keiner wollte sich zugunsten des andern auflösen. Die Sattler verlangten ferner: Obligatorische Abgabe der Zeitung an alle Mitglieder, was die Tapezierer wiederum ablehnten. Selbst ein Antrag, sich mit der Verschmelzung einverstanden zu erklären, wenn der Sattlerbund den Anspruch auf die erste Stelle im Titel fallen läßt und an das Zeitungssubonnement keine besonderen Bedingungen knüpft, wurde mit 200 gegen 119 Stimmen abgelehnt.

Ueber den Umfang des jetzigen Tapeziererbundes ist zu berichten, daß derselbe am 30. Juni 60 Innungen mit 5489 Mitgliedern, 4 Landesverbände mit 1510 Mitgliedern, und 25 Einzelmitglieder, insgesamt 7024 umfaßt hat.

Vom 21. Bundestag des Bundes deutscher Sattler:

Um dieselbe Zeit, wie der Tapeziererbund, tagte in Dresden auch der Bund der Sattler. Derselbe besteht aus 125 Innungen sowie 225 Einzelmitgliedern und umfaßt insgesamt 5600 Mitglieder.

Das Vermögen des Sattlerbundes beträgt 6366,69 Mk. Auch hier referierte Herr Budjuhn und vertrat die bekannten Forderungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, über die wir in Nr. 28 berichtet haben.

Der Sattlerbund hat den Titel seines Verbandes geändert. Dieser lautet jetzt: „Der Sattler- und Tapezierermeister.“

Offenbar ist diese Titeländerung darauf zurückzuführen, daß die Tapezierer die Verschmelzung beider Verbände abgelehnt haben. Die Folgen werden wahrscheinlich bald in Erscheinung treten. Man kann das schon daraus schließen, daß die Bayern mit dem Austritt gedroht haben, um sich dem Sattlerbund anzuschließen, der sich jetzt nennt: „Bund deutscher Sattler und Tapezierer“. Auch der Rheinisch-Westfälische Verband nennt sich Verband der Sattler, Polsterer, Tapezierer und Dekorateurs.

Wenn es notwendig sein sollte, werden wir auf diese Berichte zurückkommen, denn soweit sie vorliegen, sind sie sehr dürftig, die Hauptfachen werden gar nicht erwähnt. Kein Wort bringt z. B. in die Deffentlichkeit über die Tagung der Arbeitgeberverbände, die bereits vor dem Zusammentritt der Innungsverbände in Dresden stattgefunden hat. Es ist natürlich keine große Kombinationsgabe erforderlich, um das zu erraten, was auf diesen Tagungen verhandelt und beschlossen wird.

Daß diese Innungsmeister von einer Arbeitsgemeinschaft mit den Vertretern der Arbeiter zwecks Umgestaltung der Produktionsverhältnisse absolut nichts wissen wollen, ist bereits zur Genüge bekannt. Das muß uns natürlich erst recht anspornen, die wenigen Rechte, die uns das Betriebsrätegesetz in dieser Hinsicht einräumt, restlos wahrzunehmen.

Der Bayerische Landesverband der Sattler und Tapezierer tagte am 22. August in Augsburg. Derselbe umfaßt zurzeit 39 Korporationen mit rund 1300 Mitgliedern. Das Vermögen soll 18 789,73 Mk. betragen. Der Abschluß weist einen Bestand von 5421,68 Mk. nach.

Nach einem Referat des Syndikus der Handwerkskammern Augsburg über das Luxussteuergesetz und die Interessen des Sattler- und Tapezierergewerbes wurde ein Antrag angenommen, in dem gefordert wird, daß alle der erhöhten Steuer unterliegenden Stoffe vom Hersteller, bevor sie in den Handel gebracht werden, versteuert und durch besondere Merkmale kenntlich gemacht werden sollen. Bis zur Durchführung dieser Forderung soll die erhöhte Steuerpflicht auf jene Stoffe beschränkt bleiben, die der Sattler- und Tapezierermeister einwandfrei als solche erkennt.

Mit den Gewerkschaften will man verhandeln, um die Prüsarbeit zu bekämpfen. Viel erhofft man für die Zukunft des Handwerks durch das Genossenschaftswesen, sowohl durch Einkaufs- wie Lieferungs-genossenschaften, durch Ausfindigmachen von Bezugsgebieten für Rohstoffe und Absatzgebieten für Fertigerwaren.

Ueber das Lehrlingswesen referierte Herr Ludwig-Berlin. Eine gründliche Reform sei an der Zeit, doch müsse dagegen Front gemacht werden, daß die Lehrlinge in die Tarife einbezogen werden. Die Lehrlingsfrage sei individuelle Angelegenheit der Handwerksmeister. Diesem Standpunkt nehme auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbeamtstag ein. Selbst der Reichsarbeitsminister hätte sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein Eingreifen der Gewerkschaften nur zu vertreten sei, wo eine Regelung des Lehrlingswesens durch Handwerkskammern nicht stattgefunden hat.

Jeder sozial Denkende wird diesen einseitigen Standpunkt bekämpfen müssen. Dem großen Unfug der Lehrlingsausbeutung durch gewissenlose Handwerksmeister muß endlich ein Ende gemacht werden. Wie kann man in

heutiger Zeit von einer individuellen Angelegenheit der Handwerksmeister reden, wo es sich um Heranbildung eines brauchbaren, qualitativ höchstehenden Nachwuchses für die deutsche Wirtschaft handelt?

Es ist einfach unglaublich, mit welcher Dreistigkeit solche rüchstündige Anschauungen in Handwerkerkreisen heute noch zum besten gegeben werden können.

Unter solchen Umständen brauchen sich unsere Mitglieder, die von einer Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern nichts wissen wollen, doch wahrhaftig keinen Befürchtungen hinzugeben, daß die Organisationsvertreter ihre Interessen zugunsten der Unternehmer vernachlässigen könnten. An eine zeitgemäße Um- und Neugestaltung der Berufsverhältnisse, gemeinsam mit dem Unternehmertum, ist vorerst nicht zu denken. Dafür ein weiteres Beispiel:

Nach dem Bericht soll im nächsten Jahre im Silberstein für das Sattler- und Tapezierergewerbe eine Fachschule errichtet werden. Es wird aber betont, daß ihr Bestehen von der finanziellen Unterstützung aller Landesverbände und Innungen abhängig sei. Wie es mit den finanziellen Kräften derselben steht, erfahren wir aus den Berichten. Wenn diese Organisationen nicht noch über weitere, größere finanzielle Mittel verfügen, dürfte die Eröffnung dieser Fachschule wohl noch lange auf sich warten lassen. Bekannt ist, was für schlechte Beitragszahler die Innungsmitglieder im allgemeinen sind und wie gering ihre Lust ist, finanzielle Opfer zu bringen, noch dazu wenn es sich um Lehrlingsausbildung handelt. Es müßte denn sein, daß man diese Fachschule speziell als eine Fortbildungsanstalt für Meisterjöhne und besser situierte, zahlungsfähige Schüler reservieren will, oder auf kräftige Beihilfe durch den Staat rechnet.

Beßere zu erlangen, dürfte bei der jetzigen Finanzlage des Staates nicht gerade leicht sein. Eine wirklich leistungsfähige Fachschule kann aber nach unserem Dafürhalten nur mit Staatshilfe geschaffen und erhalten werden. Räumlichkeiten, Lehrkräfte, Lehrmittel usw. erfordern unter heutigen Verhältnissen zu ihrer dauernden Unterhaltung ganz beträchtliche finanzielle Mittel. Diese selbst aufzubringen dürfte den Unternehmern schwer fallen. Da fehlt die Opferwilligkeit.

Wird aber Staatshilfe in Anspruch genommen, dann wird die Gehilfenschaft mit Zug und Recht Anspruch darauf erheben, an der Errichtung und Gestaltung, sowie der dauernden Verwaltung und inneren Einrichtung paritätisch teilzunehmen.

Einstweilen erlauben wir uns indes noch daran zu zweifeln, daß dieses Projekt verwirklicht werden kann. Der Plan soll wohl mehr agitatorisch nach außen wirken und den Beweis liefern, mit welchem Ernst und welcher Opferwilligkeit die Unternehmer gewillt sind die Lehrlingsausbildung zu fördern. Das Wollen kann ja dann später, wenn das Können versagt, sehr gut als Beweis für den guten Willen und zur Entschuldigung der alten Mißstände angeführt werden.

Dieser Bericht zeigt doch sonnenklar, welche Klüft die Arbeiter von den Unternehmern trennt. Trotz Tarifverträgen und sogenannter Arbeitsgemeinschaft. Gegenwärtig sind wir weiter denn je von der Möglichkeit entfernt, gemeinsam mit den Unternehmern allgemeine Berufsinteressen wirksam nach allen Seiten hin wahrnehmen zu können.

Trotz Betriebsrätegesetz spitzen sich die Klassengegensätze wieder aufs schärfste zu; dafür sorgt schon die wirtschaftliche Misere, in der wir stecken.

Der Reichstarif für die Handwerksbetriebe in der Sattlerei.

Wie wir bereits in der letzten Nummer unseres Blattes kurz mitteilen konnten, ist der obige Tarif für rechtsverbindlich erklärt worden, und zwar rückwirkend für die Zeit vom 1. August d. J. ab. Demzufolge stehen also jetzt alle Sattlereien, sofern für Kundenschaft gearbeitet und die Herstellung der Produkte nicht fabrikmäßig oder für Export und Wiederverkäufer betrieben

wird, unter den Bestimmungen des Vertrages. Es ist auch gleichgültig, ob der Meister einer Innung angehört oder ob die noch bestehenden freien Innungen dem Bunde der deutschen Sattlerinnungen angeschlossen sind oder nicht.

Seit dem Vertragsabschluss im April d. J. haben sich bis jetzt immer noch einige Städte geweigert, den Tarif anzuerkennen, trotzdem sie der vertragsschließenden Arbeitgeberorganisation angehören. Namentlich hat man in Schlesien viele Schwierigkeiten gemacht und waren es auch die schlesischen Bezirke unter Führung ihrer zuständigen Handwerkskammern, die beim Reichsarbeitsministerium einzig und allein Einspruch gegen die Rechtsverbindlichkeit erhoben hatten. Dank der aufrechten Haltung des Bundesvorstandes, der sich von Anfang an auf den Boden des Vertrages vollhaftlich stellte, wurde diesen Einsprüchen nicht Rechnung getragen.

Durch die jetzige Rechtslage wird unserem Verbände eine Niesenarbeit erwachsen, die zu bewältigen nur möglich ist, wenn nicht nur der letzte Vertrauensmann, sondern jedes einzelne Mitglied seine Pflicht tut. Von den zentralen Stellen der Gau-, Bezirks- und Ortsverwaltungen ist eine durchgreifende Kontrolle allein unmöglich, infolge der übergroßen Zahl von Betrieben, die weit über 30 000 zählen, wo aber schließlich nicht überall Gehilfen beschäftigt werden.

Vor allen Dingen sei darauf verwiesen, daß den Bestrebungen, die Arbeitszeit über den Vertrag hinaus zu verlängern, entgegengetreten werden muß, und zwar mit aller Nachdrücklichkeit. Wir kennen die Wünsche und Sehnsucht vieler Kleinmeister nach dem Neun- und Zehntunderttag. In diesem Punkte haben unsere Mitglieder gerade zu stehen.

Ferner ist mehr als einmal der Versuch gemacht worden, namentlich in den Großstädten, wo bereits höhere Löhne bestanden, als der Reichstarif sie für die Mindestleistung vorseht, diese auf die vertraglichen Mindestsätze abzubauen. Ein solcher Versuch muß ganz entschieden abgelehnt werden, und verweisen wir darauf, daß laut § 9 Absatz 5, bessere Arbeitsbedingungen, und dazu gehört in erster Linie auch der Lohn, nicht verschlechtert werden dürfen. Bei der ersten Tarifamtssitzung wurde durch Aussprache nochmals festgestellt, daß unsere abgesprochenen Lohnsätze als Mindestlöhne aufzufassen sind und daß höhere Löhne von Fall zu Fall, d. h. für höher zu qualifizierende Leistung vereinbart werden können und dort, wo sie bereits bestehen, dürfen sie nicht zurückgeschraubt werden. Also, Kollegen, allerorts aufgepaßt!

Weiter ist aber auch darauf zu achten, daß die Vertragsbestimmungen im Kost- und Logiszwang eingelassen werden. Hier wird die Kontrolle schwieriger sein, weil es sich um die kleinsten Betriebe handelt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber darauf aufmerksam machen, daß seitens einiger Innungen, und wiederum aus Schlesien, Beschwerden bei uns eingegangen sind über die Gehilfen, daß sie bei den Gutsbesitzern Arbeit zu Stundenlöhnen übernehmen, die weit unter dem Reichstarif stehen. Man begründete die ablehnende Haltung der Meister gegenüber dem Reichstarif gerade durch diese Schmutzkonzurrenz der Gehilfen. Hier haben wir selbst Hand anzulegen und bitten wir unsere Ortsverwaltungen, den sich zeigenden Mißständen energisch entgegenzutreten. Wollen wir von den Arbeitgeberern die restlose Erfüllung des Vertrages, so ergibt sich auch für uns auf jeden Fall Vertragsstreue.

Nun ist bisher noch ein Uebelstand aufgetreten, dessen Beseitigung beiden Seiten recht angelegen sein muß, und das ist die Errichtung der Instanzen für die Erledigung der aus diesem Verträge entstehenden Streitigkeiten. Die Arbeitsgemeinschaften sind nur sehr mangelhaft errichtet, noch weniger die Bezirks-schlichtungsstellen. Jetzt, wo der Vertrag für verbindlich erklärt ist, können auch in den Bezirken Schlichtungskommissionen errichtet werden, wo der Bund keine Innungen hat. Jedenfalls wird in der nächsten Zeit das Schlichtungswesen für diesen Tarif eine bedeutende Rolle spielen. Zum Teil widerstreben die Innungen der Bildung solcher Instanzen. So z. B. in Breslau mit der Begründung, daß man nicht über seine Kollegen zu Gericht sitzen will. Zu was sind denn bisher die Innungsschlichtungsgerichte dagewesen? Waren diese Gerichte nur zum Freisprechen da, oder zur Fällung eines objektiven Urteils? Wir hoffen, daß in der Folgezeit überall die örtlichen und bezirkslichen Instanzen eingerichtet werden und da, wo es durchaus nicht geht, werden die staatlichen Schlichtungsausschüsse angerufen werden müssen.

Wir erneuern hier nochmals unsere Bitte, überall für die Durchführung des Vertrages Sorge zu tragen, dann wird der Verbesserung desselben am allerbesten vorgearbeitet. Blum.

Das Tapezierergewerbe derzeit in Polen.

Über die Berufsverhältnisse, die zurzeit in der Stadt Posen herrschen, berichtet uns ein soeben von dort kommender Kollege folgendes: „Beschäftigt sind zurzeit circa 55 Kollegen, von welchen 10 im Holzarbeiterverband, 45 im polnischen Berufsverband organisiert sind. An Arbeit fehlt es nicht, die Nachfrage nach Polstermöbeln ist sehr groß, besonders Landbesitzer aus Kongresspolen kaufen solche. Sie sind infolge guter Verdienste in der Lage, die hohen Preise zu zahlen. Ein Chaiselongue kostet 2500 bis 3000 polnische Mark (100 polnische Mark gleich 20 deutsche Mark). Eine Klubgarnitur kostet in Moquett- oder Gobelinstoff 45 000 bis 50 000 Mk. Arbeit wäre genügend vorhanden, doch ist der Materialmangel um so größer und nur schwer welches zu beschaffen. Ein Kilogramm Schnürfaden kostet 180 Mk., eine Sprungfeder 13 Mk. Als Polstermaterial wird nur Holzwolle, meistens aber Heu verwendet, da Hafer und Hochhaar nicht zu haben sind. Der Arbeitslohn beträgt pro Stunde 10,50 Mk., doch sind Forderungen gestellt, die eine Erhöhung auf 15,50 Mk. vorsehen. Der Holzarbeiterverband vertritt diese, die auch für die Tapezierer in Betracht kommen. Den Löhnen angemessen sind die Lebensmittel und sonstigen Preise viel zu hoch. Ein Vierpfundbrot kostet zurzeit 10 Mk., 1 Pfd. Rindfleisch 13 Mk., ein Paar Schuhe 800 bis 1000 Mk., ein Anzug 2000 bis 3000 Mk.

Diese Teuerung ist erst eingetreten nach der Unterstellung unter die Regierung von Kongresspolen. Alle Lebensmittel werden nach Warschau verschoben, wo sehr hohe Preise erzielt werden.

Auffallend sei auch der Verfall der öffentlichen Ordnung. Die Straßenhygiene soll ganz vernachlässigt werden. Schmutz und Mist bleibt liegen. Asphalt und sonstiges Straßenpflaster wird höchstens durch Zuschütten der Löcher mit Kies und Sand ausgeteilt, gänzlicher Verfall ist nur eine Frage der Zeit. Selbst viele Polen sehnen sich wieder nach einer deutschen Ordnung und wünschen sie sehnlichst herbei.“

Die Konsumgenossenschaft — praktische Sozialisierung.

Ein Teil unserer Arbeiterbewegung findet leider bei den Arbeitern noch immer nicht die gebührende Beachtung. Wohl spricht jeder das große Wort Sozialisierung gelassen aus, über welches Problem sich noch immer die erleuchteten Geister der Wissenschaft die Köpfe zerbrechen. Aber keiner bedenkt, daß es endlich verdamnte Pflicht jedes Arbeiters sein müßte, selbst ein Stück praktischer Sozialisierung mit zu fördern, daß sich bereits Jahrzehnte bewährt hat. Es ist die Genossenschaftsbewegung durch den Konsum. Begründet in tiefster Not von Nothdaler Webern in England, haben schon überall die ärmsten Schichten des Volkes mit Fleiß und unter Entbehrungen diese Selbsthilfe gegen eine Welt von Feinden siegreich auf eine immerhin achtunggebietende Höhe gebracht. Wegen einem lächerlich geringen Mitgliedsbeitrag und einer kleiner Geschäftsanteil, den man auch ratenweise einzahlen kann, kann jeder Mann und jede Frau Mitglied eines Konsumvereins werden. Der Konsumverein könnte leicht seinen Umsatz vervielfachen, wenn alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dort ihre Waren beziehen würden. Die Revolution hat manche Hemmnisse zum Kaufstiege des organisierten Konsums beseitigt, so vor allem das Warenhausverbot. Jetzt sind ungleich größere durch die Kriegsjahre dazugekommen. Waren- und Schiffs-mangel, die schlechte Valuta machen es der Großverkaufsgenossenschaft (G. G. G.) in Hamburg schwer, ihre Vereine befriedigend zu beliefern. Der Wohnungsmangel hindert uns, den Wünschen nach Läden in jeder Straße gerecht zu werden. Die Baustoffteuerung fällt uns vom Neubau größerer Anlagen für Produktbetriebe zurück, die wieder eine Menge Arbeiter Gelegenheit gäbe, der kapitalistischen Fron oder dem grauen Arbeitslosenelend zu entfliehen; um dafür unter peinlich korrekten, nach gewerkschaftlichen Regeln vereinbarten Arbeitsbedingungen, mit Lust und Liebe für sich und ihre Mitmenschen zu arbeiten. Alle diese Schwierigkeiten wären zu überwinden, wenn nicht jeder Gewerkschaftler seine teuer erarbeiteten Gelder wieder für minderwertige Ware zum Krämer trägt, um die kapitalistische Rente zu vermehren und sich seine eigene Zucht zu schaffen, sondern wenn jeder alle Gebrauchsartikel aus seinem Konsumladen bezieht und sein Geld dort zirkulieren läßt. Er wird bald bemerken können, daß dort die Waren bedeutend besser in Qualität und Quantität sind. Soweit sie nicht im eigenen Betrieb hergestellt sind, werden sie von anderen Genossenschaften oder solchen Privatbetrieben angefertigt, die die besten sozialen und hygienischen Arbeitsmethoden anwenden. Wohl haben wir bereits in Hamburg, Leipzig, Dresden und anderen Orten

genossenschaftliche Musterbetriebe, auch ist es speziell im letzten Jahre gelungen, den Genossenschaftsgedanken in die entlegensten Städtchen und Dörfer zu tragen, trotzdem haben wir noch lange nicht, wie z. B. in Basel und einigen englischen Städten, die ganze Bevölkerung im Konsum organisiert. Wenn wir erst dahin gelangt sind und alle Zweige des menschlichen Bedarfs in eigener Regie übernehmen, dann kommen wir der Gesamtsocialisierung schon näher. Hier muß aber, besonders in der Großstadt, noch viel Verbanntes nachgeholt werden. Wenn jede Straße ihren Konsumladen hat und dazwischen Warenhändler von Genossenschaften betrieben, dann kann unendlich viel Kleinraus und Zwischenhandel, die Brutstätten der verteuerten Waren, verschwinden. Dann werden wir auch in eigenen schönen, großen Häusern unsere Bekleidung selbst herstellen, ebenso unser Mobiliar und unsere Häuser stehen unter eigener demokratischer Verwaltung. Hier ist jeder schon heute imstande, ohne Kapital Hand mit anzulegen. Keiner darf warten, bis ihm eine Regierung die Socialisierung als Geschenk in den Schoß legt, oder die Kapitalisten von selbst abtreten und ihren Angestellten den Betrieb übergeben. Hier ist der Weg zu praktischer Socialisierung. J. M.

Demokratie oder Diktatur.

Der 2. Kongreß der III. Internationale in Moskau ist knapp vorbei, und schon rauscht es durch den ganzen deutschen Blätterwald in emporwühlenden Ausdrücken über das kommunistische Programm. Vorzüglich die Punkte, welche die Diktatur betreffen, sind außerordentlich geeignet, dem Spießbürger zu phantastischen Aufwallungen zu verleiten. Selbst bis in unser sonst so zahmes Fachblättchen sind die hochgehenden Wogen der Entrüstung über die von Moskau importierte Diktatur gelangt. Es ist notwendig, sich über diese Frage einmal auszusprechen. In Nr. 33 erschien ein Artikel unter der Ueberschrift „Das wahre Gesicht“, hervorgerufen durch einen Artikel des Demokraten und Pazifisten Verlach in der „Welt am Montag“. Alle Achtung vor dem Mut des Herrn von Verlach, mit dem er bis jetzt für seine Auffassung eingetreten ist. Aber die Leichtfertigkeit, mit welcher der in Frage kommende Artikel geschrieben ist, gibt doch zum Denken Anlaß. Ohne grundsätzlich zur Frage der Diktatur Stellung nehmen zu wollen, möchte ich doch einmal fragen, welche Diktatur die moralisch höhere ist. (Wenn man bei Diktatur überhaupt von Moral sprechen kann.) Die Diktatur der kapitalistischen Diktatoren zu Ruh und Frommen der Kapitalisten, oder die Diktatur der früheren kapitalistischen Direktoren zum Wohl und Wehe der Allgemeinheit, also der gesamten Menschheit. Aber mit einer bloßen Glossierung der Zustände in Rußland kommt man nicht darüber hinweg. Als Marxist habe ich gelernt, nicht nur Kritik zu üben, sondern auch praktisch zu zeigen, wie es besser gemacht werden kann. Das kann man allerdings von Herrn von Verlach nicht verlangen, denn er lehnt den Sozialismus ab. Aber von unserer Redaktion kann man fordern, daß sie eine derartige leichtfertige Kritik nach sozialistischen Grundsätzen prüft, und dabei hätte sie meines Erachtens zu einem andern Ergebnis kommen müssen, als zu dem Satz: „Die „Welt am Montag“ kommt etwas spät zur Erkenntnis“ usw. Als sozialistischer Kritiker habe ich die Sonde doch etwas tiefer anzulegen und vor allem mich zu fragen, wie kommt es, daß zum Beispiel Rußland gezwungen wird, zu militärischen Nachmitteln zu greifen? Wie kommt es, daß die Vertreter Sowjetrußlands gezwungen sind, mit den kapitalistischen Vertretern der Entente auf kapitalistischer Basis zu verhandeln? Tragen wir nicht auch ein wenig Schuld daran, daß es so geworden ist? Aber weiter. Nr. 34 bespricht uns einen Artikel von „Veritas“ gezeichnet. „Titel und Inhalt“ nennt er sich. Der Schreiber sucht darin mit derselben Leichtfertigkeit wie Herr von Verlach in der „Welt am Montag“ den Beweis zu erbringen, daß Bolschewismus gleichbedeutend ist mit Imperialismus und Diktatur des Proletariats mit autokratischer Herrschaft. Zum Donnerwetter noch mal, da kann einem wirklich die Galle überlaufen, wenn das das Ergebnis einer Arbeiterbewegung sein soll, die über ein halbes Jahrhundert nicht die schlechtesten Kräfte in Verwendung gesetzt hat. Von meinen Freunden ist umso oft erklärt worden: Bei Erringung der politischen Macht ist es notwendig, die Diktatur des Proletariats zu errichten, 1. um zu verhindern, daß durch den kapitalistischen Einfluß der sozialistische Aufbau der Wirtschaft sabotiert wird; 2. damit die Aufklärung des ganzen Volkes in sozialistischem Sinne vor sich gehen kann; 3. um die wirkliche und wahre Demokratie innerhalb dieser neuen Gemeinschaft werden zu lassen. Das ist wohl der Kern der Sache. Die Demokratie kann sich niemals in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung auswirken. Das Denken und Fühlen des größten Teils der Bevölkerung ist kapitalistisch. Ganz un-

bewußt! Man wird mir sagen, wenn dem so ist, beweisen wir, daß wir noch nicht reif sind, eine neue Gesellschaft aufzubauen! Dem halte ich entgegen: Solange man dem Kapitalismus gestattet, seinen Einfluß geltend zu machen, wird man nie daran denken können, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Da nützen alle Scheinkonzessionen, wie Verstaatlichung einiger Industrien oder gar Trennung von Schule und Kirche gar nichts. Der Individualismus würde durch die Macht des Geldes immer wieder zur Blüte gelangen. Sind doch selbst Sozialisten nicht feige gegen diesen Einfluß. Schuld daran ist nur die Beeinflussung von Kind an. Und wollen wir die beseitigen, kann es nur mit Hilfe der Diktatur geschehen. Daß die Diktatur selbst eine große Gefahr sein kann, wenn sie von nicht ganz charakterfesten Menschen ausgeübt wird, ist allerdings eine andere Frage, und das hängt nun wieder von uns selbst und unserer wissenschaftlichen Erkenntnis ab, wie wir im Moment der Erringung der politischen Macht die Dinge für uns zu gestalten verstehen. Daß nun in Rußland die Diktatur in einer Form auftritt, die dem Deutschen zum Teil unfasslich ist, liegt zum größten Teil in der ökonomischen Struktur des Landes, welche ja auch ausschlaggebend auf die gesellschaftliche Form ist, begründet. Man wird Analphabeten wohl immer zwingen müssen, zu lernen. Außerdem soll die an und für sich schon schwache Industrie ausgebaut werden, um evtl. dem riesigen Lande zu genügen. Das nun jemand klar zu machen, ist in Rußland speziell sehr schwer, und man muß durch die Praxis zeigen, wie man es machen muß, und das geht ohne Diktatur nicht ab. Ueber Gärten selbst kommen die Klagen nur von seiten der Bürgerlichen und desjenigen Teils der Arbeiterschaft, der sich in gehobener Stellung befindet. Also schon aus diesem Grunde muß man diese Klagen sehr vorsichtig aufnehmen, um so mehr, als Rußland bis jetzt noch nicht die Möglichkeit gehabt hat, nun in aller Ruhe zu beweisen, daß der Weg, den Lenin beschritten hatte, zum Heil des russischen Volkes führt. Deshalb müßte es unsere Aufgabe sein, statt zu schimpfen und verächtlich zu machen, kräftig zu unterstützen und zu fördern. Reigt es sich in der weiteren Entwicklung, daß der Weg falsch ist, dann wird sich schließlich immer noch die Gelegenheit bieten, in geeigneter Form Stellung dazu zu nehmen. Also lassen wir das gedankenlose Nachplappern, die Arbeiterschaft wird schon genügend mit Schmutz beworfen, und helfen wir unseren Arbeitsbrüdern in Rußland, ihren Aufbau in aller Ruhe vorzunehmen. Sollen sich dabei Fehler herausstellen, werden wir aus den Fehlern zu lernen wissen, aber nur, wenn wir uns allen Ernstes bemühen, selbst Gedanken zu formen und uns nicht immer sagen lassen, was wir denken sollen. Fritz R o ch.

Wahrheit und Klarheit über Rußland.

In letzter Zeit ist viel Licht über die tatsächlichen Zustände in Rußland verbreitet worden. Dazu haben die Leninschen Artikel selbst genug beigetragen, kein Wunder, wenn jetzt darüber mancher ein lauges Gesicht macht, der das russische Beispiel gern auf Deutschland übertragen sehen will. Inzwischen sind über Rußland neue Berichte veröffentlicht worden, über die an Ort und Stelle gewonnenen Einblicke. Vor allem ist das Buch von Otto Bauer und die Artikel von Wilhelm Dittmann in der Berliner „Freiheit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ geeignet, die Illusionen vollends zu vernichten, die sich viele deutsche Arbeiter gemacht hatten. Leider können wir wegen Raummangel nur einen kurzen Auszug bringen. Dittmann schreibt: „Die allgemeine Wehrpflicht ist wieder eingeführt, Deserteure werden erschossen. Ebenso ist das Wirtschaftsleben militarisiert, Arbeiter und Angestellte dürfen nicht streiken, sonst werden sie als Deserteure der Arbeitsfront in Konzentrationslagern zur Arbeit gezwungen. Für Frauen besteht die Arbeitspflicht vom 18. bis zum 40., für Männer vom 18. bis zum 50. Lebensjahre. In den Betrieben ist die Herrschaft der Betriebsräte längst beseitigt. Der Betrieb untersteht einer Verwaltung, die von oben eingeseht wird. Die Betriebsräte haben nur für soziale Fürsorge, Arbeitsdisziplin und Parteitagitation zu sorgen, in die Betriebsverwaltung aber haben sie nicht dreinzureden, sie sind nur Hilfsorgane der kommunistischen Partei und der Staatsbureaucratie. Das gleiche gilt von den Gewerkschaften. Alle Arbeiter eines Betriebes sind zwangsweise Gewerkschaftsmitglieder, die Beiträge werden vom Lohn abgezogen. Da das Mitgliedsbuch der kommunistischen Partei als Anwartschaft auf irgendein Amt in der Sowjetbureaucratie angesehen wird, drängen sich unausgesetzt zweifelhafte Elemente in die Partei, die man durch summarische Meinigungen in periodischen Abständen wieder auszuscheiden sucht, wobei rein willkürlich verfahren wird. Ein Teil der alten Beamten und der Intellektuellen, Angestellten, Kaufleute usw. sucht, vom Hunger getrieben, in den vielen Bureaus der Sowjeteinrichtungen Unterschlupf und

treibt dort vielfach Sabotage. Von den Mitgliedern der „Kommunistischen Partei“ ist der größte Teil in irgendeiner Sowjeteinrichtung angestellt. Nach der letzten offiziellen Statistik des Zentralkomitees der Partei waren von den 604 000 Mitgliedern, die sie in ganz Rußland zählt, nur noch 70 000, das heißt 11 Proz., als Arbeiter tätig! Von den übrigen 89 Proz. der Mitglieder sind tätig: 36 000 (6 Proz.) als Parteibeamte, 12 000 (2 Proz.) als Gewerkschafts- und Genossenschaftsbeamte, 162 000 (27 Prozent) als Militärbeamte und Soldaten, 318 000 (53 Proz.) als Staats- und Munizipalbeamte und 6000 (1 Proz.) als Handlungsgehilfen. Die ganze Partei verwandelt sich also allmählich in ein Heer von Bureaucraten, die mit ihrer Existenz unmittelbar an der Aufrechterhaltung der Diktatur interessiert sind. Man spricht bereits von der neuen „Sowjetbourgeoisie“. In Moskau zählt man kaum 100 000 Arbeiter, aber 230 000 Sowjetbeamte und -beamtinnen aller Grade. Es geht dabei ähnlich wie bei unseren Kriegsgesellschaften. Wir wurde gesagt, wo früher 10 bis 12 Beamte gefaulenz hätten, dort ständen sich jetzt 60 bis 80 gegenseitig im Wege. Ueber die Schwerefälligkeit und Langsamkeit des Instanzweges geraten selbst die gedulbigsten Moskauer in Verzweiflung, denen das Wort, daß Zeit Geld ist, kaum bekannt zu sein scheint. Unfähigkeit, Sabotage und Korruption sucht man vergebens aus diesem riesigen bürocratischen Apparat auszugestalten.

Vom Sozialismus und Kommunismus ist man in den Städten und Industriebezirken Rußlands gegenwärtig noch ebensoweit entfernt wie auf dem Lande.“

Kein Wunder, daß jetzt alle Kommunisten über Dittmann herfallen, der so rücksichtslos die Wahrheit ausspricht.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der „N. B.“) In der „Welt am Montag“ bespricht Helmut von Verlach den Artikel Dittmanns über die deutschen Arbeiter in Rußland. Er erkärt: „Es gibt Artikel, die sind eine Tat. Den von Dittmann über deutsche Arbeiter in Rußland in der „Freiheit“ vom 31. August rechne ich dazu. Er ist politischer Anschauungsunterricht höchsten Ranges, wirkungsvoller als 100 Broschüren über den Bolschewismus.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ darf sich auf G. v. Verlach berufen. Das Verbandsorgan des Sattler- und Tapeziererverbandes soll es nicht dürfen. D, du freie Meinung.

Schlechte Ausichten auf Wiederbelebung des Wirtschaftsmarktes.

Von der Leipziger Messe wird berichtet, daß sie wohl stark von Ausstellern und Verkäufern besetzt war, daß aber die Einkäufer fehlten und große Aufricht nicht erteilt wurden. Am besten soll noch die Schuhindustrie abgeschnitten haben. Die Zeitungen melden, daß England bereits im regen Handelsverkehr mit Rußland steht und Warenumsätze von über 1 Milliarde Pfund Sterling zu verzeichnen sind. Gewiß wird Rußland großen Bedarf für allerlei Waren haben und könnte auch für Deutschland ein gutes Absatzgebiet werden, wenn nur erst normale Zustände eingetreten wären. Es hat den Anschein, als wenn die Lage der deutschen Industrie von Tag zu Tag trostloser wird. Der Weltmarkt ist nur auf großen Umwegen unter erschwerten Umständen erreichbar, und im Inlande sind die Volksmassen nicht kaufkräftig genug, um ihre Bedürfnisse zu decken.

Nur die besitzenden Klassen denken nicht an die Not der Zeit, wenigstens tun sie, als merkten sie nichts davon. Sie schwelgen nach wie vor im Ueberfluß; Modetorheiten, Modenarrheiten und Ueberspanntheiten beschäftigen ihr Interesse. Demweil nimmt die Arbeitslosigkeit immer größeren Umfang an. Eine dumpfe Wut beherrscht das Volk, dessen Empörung immer größer wird, je mehr Wäsche, Kleidung, Schuhwerk usw. verschleifen. Dabei will man dem Volke immer neue Lasten aufpacken, als wenn es nicht schon genug zu schleppen hätte. Ein Mietfeuertegesch soll geschaffen werden, das eine 30prozentige Belastung der Mieten vorsieht, außerdem den Hauswirten das Recht einräumt, die Kosten der Instandhaltung der Grundstücke auf den Mieter abzuwälzen.

Der Herbst hat frühzeitig eingeseht, der Winter steht vor der Tür und keine Aussicht auf Besserung der Wirtschaftslage. Der große Zug fehlt, Massenaufträge für die Industrien. Was soll das werden in den großen Städten, wenn Hunger und Kälte die Arbeitermassen noch mehr heimsuchen?

Vom 3. bis 9. Oktober findet in Frankfurt a. M. die Messe statt. Wird dort ein guter Erfolg erzielt werden?

Aus England kommt die Meldung, daß man dort deutsche Leder nicht mehr einlassen will, weil der englische Markt mehr wie gedeckt sei. Noch viel mehr wird man bestrebt sein, die übrigen deutschen Waren

von den anderen außerdeutschen Märkten fernzuhalten. Es sind die Aussichten auf eine starke Wiederbelebung unserer Industrie keineswegs günstig. Die Besitzenden suchen die Waktatschwankungen für alle Not vorzuschieben. Der Zentralverein der deutschen Lederindustrie strebt die Aufhebung der Verordnung vom 26. Februar 1920 betreffs der zu leistenden Abgabe zufolge der Aufhebung der Höchstpreise für Häute, Felle und Leder an. Er behauptet, riesige Konjunkturverluste machten es den Lederfabrikanten unmöglich, die Abgabe zu leisten. Eine Wolllederfabrik soll z. B. in drei Monaten 2 Millionen Mark, eine Kallledergerberei 2 520 000 Mark Verluste gehabt haben. Von den riesigen Summen, die diese Betriebe in den vergangenen Jahren als Konjunkturergewinn eingestekt haben, schweigen sie bescheiden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berlin. (Tapezierer.) Mit dem Verband der Berliner Bühnenleiter wurde, nachdem diese den Schiedspruch abgelehnt hatten, vor dem Demobilisierungskommissar erneut verhandelt. Erst nach energischem Drängen von Seiten der daran beteiligten Gewerkschaften wurde der vom Demobilisierungskommissar gemachte Vorschlag am 2. September angenommen. Danach sollen auf die bestehenden Staatsgehälter ab 1. Juli rückwirkend für qualifizierte Berufsangehörige 10 Proz., für technische Bühnenarbeiter 15 Proz. gezahlt werden, so daß die Löhne für erstere 1006 Mk., für letztere 905 Mk. im Monat betragen. Dieses Abkommen gilt bis zum 1. Oktober 1920.

Beachtenswert waren die Argumente, die von Seiten der Bühnenleiter vorgebracht wurden. Sie erkannten die Verweigerung einer Lohnaufbesserung durchaus an, machten aber geltend, daß die 27 Proz. Lohnzulage und die Unrentabilität verschiedener Berliner Theater sie zwingt, jedes Gegenentkommen ihrerseits abzulehnen. Dieser Umstand bedinge es, daß die Löhne bei den Berliner Bühnen für Handwerker nicht höher sind.

Bodum. (Tapezierer.) Endlich konnte der Neuabschluss des Tarifvertrages erfolgen. Bis auf die Löhne bleiben im wesentlichen die alten Bestimmungen. Die Löhne betragen: Ausgelernte 4,05 Mk., 1 Jahr nach der Lehre 4,45 Mk., 4 Jahre nach der Lehre 5,10 Mk., bis zum 25. Jahre 5,55 Mk., ältere, tüchtige Kräfte 5,75 Mk. Näherinnen 2,20 bis 3,05 Mk. Werkzeug monatlich 5 Mk.

Siegen. Der neue Tarifvertrag sieht für Tapezierer und Sattler einen Durchschnittslohn von 5,10 Mk. vor.

Pforzheim. (Tapezierer.) Nach dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses erfolgt rückwirkend vom 1. August eine Lohnaufbesserung von 15 Pf. (bis 20. Jahr), 25 Pf. (20—23. Jahr), 40 Pf. (24.—25. Jahr) und 45 Pf. (über 25 Jahre und alle Verheirateten). Die Löhne steigen damit in gleichen Staffeln auf 3,40, 3,95, 4,40 resp. 4,75 Mk. pro Stunde. Es ist Rechtsverbindlichkeit des Spruches beantragt.

Stettin. Die Tapeziererinnung kündigte den Tarifvertrag mit der merkwürdigen Ausrede, der Tarif sei von den Gehilfen gebrochen, weil einige derselben Privatarbeiten für sich ausgeführt hätten. Eine gute Ausrede ist Gold wert. In Wirklichkeit möchten die Innungsmeister den Lohn abbauen. Damit werden sie kein Glück haben, solange die Preise so munter weitersteigen wie bisher.

Werdau. Es wird versucht, Arbeitskräfte für die hiesige Waggonfabrik zu werben. Wir warnen dringend vor Zugug, da die hiesigen Arbeiter ausgebeutet wurden.

Korrespondenzen.

Anklam. (6. 9.) Durch die Verschmelzung war es jetzt möglich, die am Ort befindlichen Tapezierer und Sattler zusammenzubringen. Bisher hatten die Unternehmer freie Hand, die Lohn- und Arbeitsbedingungen nach ihrem Gusto zu gestalten. Es ist hohe Zeit, daß auch in Anklam geregelte Zustände geschaffen werden, denn in einzelnen Betrieben wird noch 9, 10 und 11 Stunden gearbeitet. Hier muß der Reichstarif für das Sattlergewerbe helfen. Aber auch in Tapeziererbetrieben sind keine rosigen Zustände. Am 29. August war der Bezirksleiter Ganeh hier und schilderte die Aufgaben der Organisation. Diese können nur durch tatkräftige Mitarbeit der Kollegen gelöst werden. Als Vorsitzender wurde Kollege Messerrecht, Marienkirchplatz 3, als Kassierer Dobrowolski, Greifswalder Str. 37, gewählt. Der Beitrag ist auf 3 Mk. inklusive 50 Pf. Lokalbeitrag festgesetzt. Versammlungen alle 14 Tage freitags bei Wandt. Kollegen, besucht nun pünktlich die Versammlungen, tragt nach Kräften dazu bei, daß andere, bessere Verhältnisse geschaffen werden können. G. Ganeh.

Darmstadt. (11. 9.) Versammlung vom 3. September. Kollege Döring berichtet, daß der Arbeitgeberschutzverband auf unsere 10prozentige Lohnforderung ab 1. September eine ablehnende Antwort erteilt hat. Trotz der ungünstigen Verhältnisse in unserem Berufe und unter Berücksichtigung, daß die Schreiner in den gleichen Betrieben weit mehr verdienen, kam in der Versammlung allgemein zum Ausdruck, daß wir vor dem Winter stehen und von unserer Forderung nicht ablassen können. Die Herren Arbeitgeber werden wohl ohne Sorgen um das nötige Geld ihren Winterbedarf nicht zu knapp einbringen können; die Feinkostgeschäfte sowie alle anderen Bedarfsartikel sind schon seit langem nur für die Besitzerinnen da. Die Verwaltung wurde beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen, um unsere Forderung durchzusetzen. Der Schlichtungsausschuss ist bereits angerufen. Dann sprach Kollege Gash über die wirtschaftliche Lage in unserem Berufe. Das Referat behandelte besonders den Aufschwung der Luxusindustrie im Vorjahre bis zum März dieses Jahres. Bis 85 Proz. aller Luxuswaren wanderten in das Ausland. Damals war es unseren Kollegen leicht, eine Lohnforderung durchzusetzen. Diese Lohnerhöhung hat aber nichts genützt, weil alle anderen Artikel immer mehr in die Höhe gingen. Die Arbeiterkraft steht trotzdem mit leeren Taschen da. Im Tapeziererberufe ist die Nachfrage nach Bedarfsartikeln aller Art sehr groß, deshalb muß an eine Umstellung der Betriebe, die vornehmlich Luxusmöbel hergestellt haben, gedacht, jedoch auch ein Augenmerk von uns auf die Preisbildung gerichtet werden, damit dem Ruf nach Lohnabbau entgegengetreten werden kann. In der kommenden Zeit müssen wir allen Anforderungen, die an uns gestellt werden, gewachsen sein, das kann nur durch festen Zusammenschluß geschehen, um zum Ziele zu gelangen, so schloß Kollege Gash.

Zum Reichstarif für Handwerksbetriebe im Sattlerhandwerk sprach Kollege Döring. Er zeichnete ein Bild von der Sattlerinnung des Kreises Darmstadt im allgemeinen und ihrer Leitung im besonderen. Herr Obermeister Heineke wird den Tapezierern noch bekannt sein. Im Jahre 1908 beim Streik stand er noch in den Reihen der Gehilfen, mit großen Worten agitierend. Dann hat er Streikarbeit verrichtet. Heute ist er Scharfmacher und verhindert jede Verhandlung zu einem Tarifabschluß. Er zahlt auch die niedrigsten Löhne, 70 Pf. die Stunde mit Kost und Wohnung. Der Schlichtungsausschuss sorgte für eine Sitzung, wo Herr Heineke zuerst betonte, die Vertreter der Gehilfen sollten nicht persönlich werden. Trotz großer Sachlichkeit von unserer Seite kam Herr Heineke ganz aus dem Häuschen. Er beschimpfte den nicht einmal anwesenden Gauleiter Gash als Verräter der Arbeiter. Gash wird wohl nicht der Streikarbeit 1908 beipflichtet haben. Auf die Neuerung, die Oeffentlichkeit werde über die Zustände in der Sattlerinnung unterrichtet werden, gab er zur Antwort: „Ein schlechter Kerl, der noch nicht im Volksfreund gestanden hat.“

Herr Gieseke ist ebenfalls schlecht auf die Gewerkschaft zu sprechen, sogar seinen Lehrling will er entlassen, wenn derselbe im Verbands ist. Wir werden unsere Lehrlinge zu schützen wissen. Als er unsern Reichstarif bekam, schickte er gleich zwei Gehilfen weg, mußte aber noch für eine Woche Lohn nachzahlen. Den einen Gehilfen bezeichnete er als Spartakist, darüber werden wir noch reden. Die Meinung, daß ein Reichstarif für Darmstadt keine Geltung habe, wenn auch der Reichsminister selbst komme, vertreten nur Leute von sehr engem Gesichtskreis. Meister Pahl kann den Tarif nicht anerkennen, er möchte gern alle Sattler ausbilden zum Lohn nach „freiem Ermessen“. Ob denn Herr Pahl mit 2,50 bis 3 Mk. die Stunde leben kann? Herr Pahl hat einem Kollegen gekündigt; wir klagen beim Gewerbegericht wegen Nachzahlung auf den Tariflohn in Höhe von 404 Mk. Die übrigen Sprecher der Innung vertraten eine Auffassung aus Urzeiten. Wir nahmen diese nicht ernst. Eine Einigung konnte unter diesen Umständen nicht erzielt werden. Die Herren wollen nur nach Leistungen bezahlen, wir halten am Reichstarif fest. Am 20. Juli fiel der Schiedspruch, daß der Reichstarif ab 24. Juli 1920 anerkannt wird. Die Innung war nicht erschienen. Der Staatskommissar sprach die Verbindlichkeitsklärung am 9. August aus. Wir gehen nun frisch ans Werk, um dem Tarif Geltung zu verschaffen. Dazu gebrauchen wir die Mithilfe aller Sattlerkollegen und lassen den Ruf ergehen: Wenn Ihr Interesse an Eurem eigenen Wohlergehen habt und zu erhalten wünscht, was Euch zusteht, dann kommt endlich. Wollt Ihr als Mensch unter Menschen leben, so schließt Euch zusammen, agitiert in den kleinsten Orden für den Verband der Sattler-, Tapezierer- und Porzellan-Zeitung. der Eure Interessen energisch vertritt. Keine

Eigenbrötlei, nur straffer Zusammenschluß kann für uns von Nutzen sein.

Die Firmen Sattlermeister Pahl und Sattlermeister Gieseke sind gesperrt. G. D.

Essen. (10./9.) Versammlung vom 5. September. Die Kollegen sind nicht zahlreich vertreten; es fehlen besonders die Landauer. Gerade in dieser schweren Zeit ist es doch nötig zusammenzukommen. Gauleiter Gash schilderte in längerer Ausführungen die Lage des Reiches und des Verbandes, die Kollegen müssen dem Verband treu bleiben. Das liegt im Interesse jedes einzelnen und unser aller. In Landau soll eine Versammlung abgehalten werden. Herm. Werker.

Göttingen. (9. 9.) Versammlungsbericht vom 3. September. Gauleiter Busch, Erfurt, hielt einen Vortrag über unsere Aufgaben in nächster Zeit. Er legte Ziele und Bestrebungen der Organisation klar, schilderte Errungenschaften und Aufgaben des Verbandes, sprach über die Tarif- und Lehrlingsfrage. Letzterer muß mehr Beachtung geschenkt werden, um einen guten Nachwuchs für die Organisation heranzubilden. Auch der geistigen Ausbildung der Arbeiter muß mehr Beachtung geschenkt werden, was den Betriebsräten zugute kommt. Er gab der Hoffnung Ausdruck, jeder Kollege möge dazu beitragen, dem Verbands ein eifriger Mitarbeiter zu werden. Wir haben uns sehr gefreut, mit der Gauleitung in engere Verbindung zu kommen und danken dem Gauleiter Busch für seine Bemühung. F. r a h.

Liegnitz. (7. 9.) Versammlung vom 31. August. Kollege Wehe, Breslau, sprach über die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, und wie man der Arbeitslosigkeit am besten steuern kann. Ferner schilderte er, welche Mühe und Erfolge er mit dem wieder frecher auftretenden Unternehmertum hat. Es wurde der Wunsch laut, daß Wehe die Bezirkslichtungskommission bald zustande bringt, damit wir die schwebenden Streikfälle aus der Welt schaffen. M. S.

Verbandsnachrichten.

Köln. Der ausgeschriebene Posten eines Lokalangehörigen für unsere Kölner Verwaltungsstelle ist besetzt. Die Versammlung wählte dazu den Kollegen Max Meidenbod aus Köln. Allen Werbern für ihre Bemühungen den besten Dank.

Rundschau.

Abwanderung aus der Großstadt nach der Provinz. Aus Wernigerode wird uns berichtet: Die Berliner Firma Hugo Diesener hat in Wernigerode das „Gasthofhotel „Pnauf's Hotel“ aufgekauft und beabsichtigt nach den dazu nötigen Umbauten eine Treibriemenfabrik darin einzurichten.

Drohende Stilllegung der englischen Industrie. In England wollen 120 000 Vergleute die Arbeit einstellen, gleichzeitig mit 50 000 Arbeitern der chemischen Industrie und 300 000 Webereiarbeitern.

Dann sollen 300 000 Schiffbauarbeiter, 45 000 Metallarbeiter, 24 000 Gießer, 80 000 Mechaniker, 40 000 Monteure, weiter 26 000 Schuhmacher, 35 000 Seeleute, 100 000 Hafenarbeiter, später auch die Eisenbahner folgen. Der Verband der Fabrikanten soll beschließen haben, am ersten Tage des Ausstandes die Betriebe zu schließen; er zählt 300 000 Mitglieder.

In Wilkesbarre (Pennsylvanien) sind 100 000 Bergarbeiter ausständig.

Versammlungskalender.

Berlin. Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung am Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße.

Berlin. Fa b s t u m m e n - S e k t i o n. Am Dienstag, den 21. September, abends 7 Uhr, Versammlung bei Schirfing, Alexandrinenstr. 58. Bernh. Appel.

Mietitz. Am 28. September 1920: Kollegenversammlung.

Sterbetafel.

Berlin. Der Kollege Paul Kessner (Tapezierer) starb im Alter von 60 Jahren.

Dresden. Am 28. Juli erkrankt in der Elbe unser Mitglied Herbert Wolf im Alter von 24 Jahren.

— Am 31. August starben unsere Mitglieder Karl Wieber im Alter von 66 Jahren und Oswald Dähne im Alter von 66 Jahren.

Stuttgart. Am 7. September starb unser langjähriges Mitglied Frau Marie Herbst an Lungenleiden im Alter von 29 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!